

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung

20. Sitzung
13. Juni 2024

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 17.28 Uhr
Vorsitz: Ülker Radziwill (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Sebastian Walter (GRÜNE) stellt die vorab schriftlich eingereichte Frage seiner Fraktion:

„Welche konkreten Auswirkungen haben die im Rahmen der PMA-Auflösung erfolgenden Einsparungen für den Haushalt der SenASGIVA im Jahr 2024 in den Bereichen Integration, Gleichstellung und Antidiskriminierung in Hinsicht auf die Streichung von Vorhaben, Reduzierung von Angeboten, geringere Projektmittel für Zuwendungsempfänger oder die Streichung/Verschiebung von Zielen aus den Richtlinien der Regierungspolitik?“

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) weist darauf hin, dass SenFin in der letzten Sitzung des Hauptausschusses eine Liste mit den Titeln und Maßnahmen zur Verfügung habe. Zudem müsse die Auflösung der PMA erst bis Ende des Jahres vorgelegt werden. Die Senatorin habe bereits mehrfach erklärt, dass es im Haushalt ihrer Verwaltung keinen sozialen Kahlschlag geben werde. Im Rahmen der Haushaltsberatungen habe SenASGIVA Vorsorge getroffen, sodass es nach Auflösung der PMA zwar Kürzungen geben werde, insgesamt aber dennoch ein Aufwuchs zu verzeichnen sei. Beispielsweise werde an der LADS bei den Zuwendungsmitteln ein Rekordergebnis erreicht, obwohl die Aufwüchse um knapp

2 Mio. Euro reduziert werden müssten. Die Mittel seien seit 2022 nahezu verdoppelt worden, und es müssten keine Angebote oder Projekte gestrichen werden. Langfristige Aussagen zu zukünftigen Projekte, die in den Richtlinien der Regierungspolitik stünden, oder hinsichtlich der Vorsorge für 2025 hingen von den Vereinbarungen zwischen Parlament und Senat in den nächsten Monaten ab.

Sebastian Walter (GRÜNE) konstatiert, auch wenn kein sozialer Kahlschlag stattfinde, stünden Mittel nicht mehr im vollen Umfang, wie ursprünglich geplant oder von der Koalition im Nachhinein hinzugefügt, zur Verfügung. Diese Mittel seien eingestellt worden, um die Ziele der Regierungspolitik umzusetzen. Welche Projekte, die noch in diesem Jahr umgesetzt werden sollten, fielen weg? Oder seien Mittel gestrichen worden, die ohnehin nicht verausgabt worden wären?

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) wiederholt, SenASGIVA habe versucht, nicht bei den Projekten zu kürzen, sondern bei neuen Vorstellungen der Koalition Disziplin walten zu lassen. Es werde weiterhin dem Auftrag der Richtlinien der Regierungspolitik gefolgt, und es stünden sogar noch Mittel für Projekte zur Verfügung, die aus verschiedenen Gründen nicht in den Richtlinien gelandet seien. So sei SenASGIVA beispielsweise dabei, die Fachstelle Gesundheit umzusetzen.

Er bedanke sich auch bei den Referentinnen und den Referenten für die erfolgreiche Zuwendungssachbearbeitung. Mit 95 Prozent sei an der LADS eine gute Verausgabungsquote erzielt worden. Die Gründe, warum 5 Prozent nicht ausgereicht worden seien, seien vielschichtig. Es sei Teil der Planungen und der politischen Steuerung bei der SenASGIVA, die Erfahrungswerte zu nutzen, um die richtige Vorsorge zu treffen und nicht bei den Projekten kürzen zu müssen.

Dr. Klaus Lederer (LINKE) macht darauf aufmerksam, dass den Unterlagen aus dem Hauptausschuss zu entnehmen sei, dass von den insgesamt 29 173 000 Euro 1,97 Mio. Euro in Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen – wegfielen. Das entspreche 6,8 Prozent. Bis wann könne der Staatssekretär vorlegen, wo die pauschale Mindereinnahme von 1,97 Mio. Euro aufgelöst werde?

Seiner Kenntnis nach solle beim Partizipations- und Integrationsprogramm in erheblichem Umfang gekürzt werden. Wie würden diese Kürzungen umgesetzt, und bis wann werde bekannt gegeben, was umgesetzt werde und was nicht? – Es sei unstrittig, dass ein Aufwuchs weiterhin zu verzeichnen sei, jedoch sei er weniger groß als ursprünglich geplant.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) erklärt, es sei pauschal in allen Einzelplänen eine Sperre verhängt worden, ohne diese mit konkreten Projekten zu untersetzen. SenASGIVA habe mit Blick auf die Aufwüchse und im Rahmen der hausinternen Solidarität geschaut, wo die 6,8 Prozent eingespart werden könnten. SenASGIVA stehe mit dem Geld, das aktuell zur Verfügung stehe, dicht an der Grenze dessen, was überhaupt ausgereicht und mit Projekten untersetzt werden könne. So gebe es beispielsweise Kennziffern, wie viele Zuwendungsprojekte eine Sachverabreichung überhaupt haben dürfe. Insofern existiere keine Liste mit Projekten, die geplant gewesen seien und nun wegfielen. SenASGIVA habe durch vorausschauende Planung versucht, genau diese Entscheidungen zu vermeiden. Das werde jedoch in den derzeit anlaufenden Gesprächen für das kommende Jahr und auch für das noch

laufende Jahr zunehmend schwieriger. Die Teilansätze, bei denen nominell Kürzungen vorgenommen worden seien, könnten der Hauptausschussvorlage entnommen werden. Ansonsten werde SenFin diese in spätestens zwei Wochen nachliefern. Wenn er die Vorbesprechung in der Koalition richtig verstanden habe, sei dies der Wunsch aller Fraktionen gewesen. Er wolle dem Hauptausschuss aber nicht vorgereifen.

Dr. Klaus Lederer (LINKE) hebt hervor, dass die ursprünglich zur Verfügung gestandenen 29 Mio. Euro auf rund 27 Mio. Euro gekürzt worden seien. Bis wann könne der Staatssekretär mitteilen, wer aus den Zuwendungstiteln welche Mittel bis Jahresende bekommen werde?

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) sagt zu, dass SenASGIVA eine Planungsliste für die Mittel in Höhe von knapp 27 Mio. Euro zeitnah zur Verfügung stellen werde.

Orkan Özdemir (SPD) nimmt Bezug auf Presseberichte, nach denen Mittel, die SenASGIVA zur auftragsweise Bewirtschaftung im Kontext von meet2respect SenBildJugFam zur Verfügung gestellt habe, zurückgegeben worden seien. Wie sei das zu verstehen?

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) bestätigt, dass auch er die Presseberichte zur Kenntnis genommen habe. Er hätte sich gewünscht, dass der Vorgang intern geklärt worden sei. SenASGIVA sei darüber informiert worden, dass ein Projekt, das mit 200 000 Euro bei SenBJF gefördert werde, mit dem Hinweis, dass die Hausleitung bezüglich der Umsetzung Bedenken habe, zurückgegeben worden sei. Daraufhin habe er seinem Kollegen ein Gesprächsangebot unterbreitet. Er sei zuversichtlich, dass das Thema zeitnah aus dem Weg geräumt werden könne.

Vorsitzende Ülker Radziwill erklärt Tagesordnungspunkt 1 für abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) berichtet, dass SenASGIVA mit der Aufklärungskampagne #DasIstGewalt den Politikaward in der Kategorie „Beste gesellschaftliche Kampagne“ gewonnen habe. Mit der Kampagne sollten von Gewalt betroffene Frauen gestärkt und unterstützt werden.

Am 12. Juni habe die Senatorin gemeinsam mit dem Justizminister Marco Buschmann den Anne-Frank-Tag als bundesweiten Aktionstag gegen Antisemitismus und Rassismus am Käthe-Kollwitz-Gymnasium eröffnet.

Aktuell nehme die Senatorin an der Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder – GFMK – in Ludwigsburg teil. SenASGIVA habe dort für Berlin insbesondere an den Schnittstellen von Gleichstellung und LSBTIQ+-Politik mehrere Anträge vorgebracht, u. a. zur Verankerung der Nur-Ja-heißt-Ja-Regelung im Strafrecht, zur Gleichstellung queerer Eltern, zur diskriminierungsfreien

Kinderwunschbehandlung als Kassenleistung und zur geschlechtergerechten Gestaltung der Registermodernisierung.

Vorsitzende Ülker Radziwill stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorlägen und der Tagespunkt abgeschlossen sei.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Erster berlinweiter Magnus-Hirschfeld-Tag –
Erläuterungen zu den bisherigen Teilnehmenden,
angedachten Formaten und Kooperationen**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0127](#)
IntGleich

Vorsitzende Ülker Radziwill weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt in der 18. Sitzung am 16. Mai 2024 aus zeitlichen Gründen vertagt worden sei.

Wiebke Neumann (SPD) konstatiert, der Magnus-Hirschfeld-Tag, die Kampagne und die zahlreichen Formate im gesamten Monat Mai hätten das Ziel, Magnus Hirschfeld bekannt und sein Wirken sichtbar und erlebbar zu machen, erreicht. Sie bedanke sich dafür vor allem bei Alfonso Pantisano, der Ansprechperson für queeres Leben. Der landesweite Magnus-Hirschfeld-Tag sei ein guter Auftakt für eine Fortführung in den nächsten Jahren gewesen.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) führt aus, es sei zu begrüßen, dass es bereits innerhalb der ersten 100 Tage der neuen Regierung gelungen sei, den ersten Berliner Queerbeauftragten zu ernennen. In der Trägerlandschaft bilde der LSBTIQ+-Bereich eine wichtige Säule. SenASGIVA sei es gelungen, 2023 die IGSV inklusive eines umfangreichen Maßnahmenkatalogs vorzulegen und den Auftakt für eine Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit zu setzen. Parallel fänden zahlreiche kleinere Formate – Workshops, Runde Tische, Gespräche usw. – statt. Das alles habe dazu beigetragen, den Magnus-Hirschfeld-Tag, flankiert von zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen, begehen zu können. Die Festveranstaltung am 13. Mai 2024 habe zur Sichtbarkeit der queeren Community beigetragen. Die zur Verfügung gestellten Mittel seien aber auch dafür genutzt worden, um Menschen, die sich nicht jeden Tag mit queeren Themen beschäftigten, niederschwellig zu erreichen. Gleichzeitig blende SenASGIVA die Ernsthaftigkeit des Themas, die Dimension von Unrecht und Leid sowie die Angst, die queere Menschen in Berlin teilweise immer noch hätten, nicht aus und stelle sich dem entschlossen entgegen. SenASGIVA sei sich bewusst, dass immer wieder Dinge neu erkämpft werden müssten, weiterhin Defizite bestünden und Fehler gemacht worden seien. Die eingeschlagene Richtung sei aber grundsätzlich richtig, und SenASGIVA werde sich auch weiterhin für die Themen von queeren Menschen einsetzen.

Alfonso Pantisano (Ansprechperson Queeres Berlin) teilt mit, es sei ein großes Anliegen gewesen, Magnus Hirschfeld als herausragende Persönlichkeit und „Vorkämpfer für die Liebe“ zu würdigen. Als Vorbild habe der Harvey Milk Day gedient. Nicht nur in den USA, sondern auch in Berlin, der Regenbogenhauptstadt und Geburtsstadt der queeren Emanzipations-

bewegungen, habe es zahlreiche queere Persönlichkeiten gegeben, auf die man stolz sein könne, eine davon sei Magnus Hirschfeld.

Der Tag sei von vielen Aktionen begleitet und unter großer Beteiligung der Stadtgesellschaft begangen worden. Viele Unternehmen hätten intern ihre Mitarbeitenden über das Leben und Wirken Magnus Hirschfelds informiert und auf den Tag hingewiesen. Die Yorck-Kinogruppe habe 14 Tage lang vor jedem Film und auf allen Leinwänden einen Werbespot zum Magnus-Hirschfeld-Tag gezeigt. Die Messe Berlin habe anlässlich des Gedenktages den Funkturm in Regenbogenfarben beleuchtet und über Social Media informiert. Ein Plakatkampagne habe an Litfaßsäulen auf den Magnus-Hirschfeld-Tag hingewiesen, und es seien stadtweit sieben verschiedene Clips zu Magnus Hirschfeld und zu aktuellem queerem Leben auf digitalen Boards gezeigt worden. In Zusammenarbeit mit VisitBerlin seien im Vorfeld Hoteltüren mit Türanhängern bestückt worden, die auf den Magnus-Hirschfeld-Tag hingewiesen und dazu eingeladen hätten, die geschichtsträchtigen queeren Orte Berlins zu erkunden. Die Clubcommission habe sich mit einer Plakatkampagne zu Lili Elbe, an der Magnus Hirschfeld eine geschlechtsangleichende Operation durchgeführt habe, und mit Bannern an der Außenfassade des KitKat Clubs beteiligt.

Dr. Klaus Lederer (LINKE) fragt, ob der Magnus-Hirschfeld-Tag die ursprünglichen Erwartungen des Senats erfüllt habe. Ihm hätten Träger gesagt, dass sie sich gern an dem Tag beteiligt hätten, dafür aber keine Ressourcen zur Verfügung gestanden hätten. Gemäß der Antwort auf seine Schriftliche Anfrage seien sechs Veranstaltungen und die Gala des Senats mit Landesmitteln unternommen worden. Zu diesen Veranstaltungen gehörten auch eine Kranzniederlegung, die seines Wissens jedes Jahr stattfindet, und die Aufführung „La Cage aux Folles“, die schon länger an der Komischen Oper zu sehen sei. Weshalb seien für diese Aufführung im Übrigen 150 Euro Reisekosten entstanden?

Der Senat habe mehrfach darauf hingewiesen, dass die Community diesen Tag gefordert habe. Es finde aber in der gleichen Woche der IDAHOBIT statt, und es gebe weitere Anlässe, die hervorgehoben werden könnten. Warum gebe es beispielsweise keinen Tag zu Karl Heinrich Ulrichs oder Johanna Elberskirchen? Wer habe die konzeptionelle Auswahl getroffen? Und was sei mit der Entscheidung konzeptionell verbunden worden? 70 000 Euro für eine Gala und rund 170 000 Euro für die Planung und Umsetzung einer Kampagne seien viel Geld. Hätte dieses Geld nicht sinnvoller in Projekte, denen nachweislich Mittel fehlten, eingesetzt werden können? Der Tag sei letztendlich eine große PR-Aktion gewesen, jedoch habe die Mitteluntersetzung nicht den Resonanzraum erreicht, der im Vorfeld in Aussicht gestellt worden sei.

Orkan Özdemir (SPD) hält dem entgegen, er habe von seinen queeren Freunde aus Polen und Istanbul viel positives Feedback erhalten. PR sei insbesondere für marginalisierte Gruppen extrem wichtig, um einen sozialen Raum in Anspruch nehmen zu können. Den übertrieben kritischen Unterton seines Vorredners könne er daher nicht verstehen.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) erklärt, mit der Organisation des Magnus-Hirschfeld-Tags sei SenASGIVA den Richtlinien der Regierungspolitik gefolgt. Er stimme zu, dass es viele Anlässe gebe, die queere Community zu würdigen. Diese Anlässe sollten jedoch nicht gegeneinander aufgerechnet werden. Es sei versucht worden, Magnus Hirschfeld, der als „Seele der Community“ betrachtet werde, besonders herauszuheben und zu

würdigen. Die Kritik und der Diskussionsprozess zeigten, dass der Magnus-Hirschfeld-Tag gewirkt und seine Funktion erfüllt habe. SenASGIVA werde die Anmerkungen und Anregungen aufnehmen und versuchen, diese im nächsten Jahr umzusetzen.

SenASGIVA habe nur wenig Zeit und kein großer Organisationsstab zur Verfügung gestanden, im Wesentlichen hätten sich René Mertens und Alfonso Pantisano um die Umsetzung gekümmert. Es sei als Erfolg des Senats anzusehen, dass dieses aufwendige Event und die große Kampagne innerhalb weniger Wochen auf die Beine gestellt worden seien.

Alfonso Pantisano (Ansprechperson Queeres Berlin) äußert, es sei bedauerlich, dass der Abgeordnete Dr. Lederer bei der Festveranstaltung nicht dabei gewesen sei und die Stimmung dort nicht selbst erlebt habe. Er habe viele Rückmeldungen erhalten, dass es eine solche Festveranstaltung für queere Persönlichkeiten noch nie bzw. nur sehr selten gegeben und sich die queere Community das gewünscht habe. Es hätten auch viele Personen außerhalb der Community teilgenommen, z. B. Unternehmen, Verbände sowie Botschafterinnen, Botschafter und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, u. a. der Oberbürgermeister von Neubrandenburg. Es sei richtig, dass Stonewall keine Senatsgala gewesen sei; es hätte aber heutzutage eine verdient. Es sei versucht worden, das auf Magnus Hirschfeld zu übertragen.

Es sei den Trägern und den queeren Beauftragten in den Bezirken mehrfach mitgeteilt worden, dass sie auf ein Budget zurückgreifen könnten und finanzielle Unterstützung in Kooperationen mit Projekten vor Ort möglich sei. Dazu hätten auch Gespräche stattgefunden. Es habe nicht an Geld sondern vor allem an Zeit gemangelt. Die Kampagnen seien von ihm und Herrn Mertens in seinem Büro entwickelt worden. Diese Agenturleistungen habe das Land Berlin kostenlos mit dem Queerbeauftragten bekommen. Die Agentur habe die Vorschläge eins zu eins übernommen. Das sei auch ein Kompliment in Richtung Senat.

Angesichts der anstehenden Wahlen sei es eine wichtige Botschaft gewesen, dass queere Menschen kein Trend seien, sondern dass es sie schon immer gegeben habe. In der NS-Zeit seien sie in die Unsichtbarkeit getrieben worden. Es sei ein wichtiges Anliegen gewesen, diese Warnung den Menschen mitzugeben.

In der Antwort auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Lederer seien mehr als sechs Veranstaltungen genannt worden. Viele Unternehmen hätten sich mit eigenen Veranstaltungen beteiligt. So habe z. B. Vattenfall anlässlich des Magnus-Hirschfeld-Tags mit dem Aktivist Max Appenroth einen Workshop für die Mitarbeitenden zum Thema Vielfalt organisiert. Daraus sei der Auftrag an die Unternehmensführung entstanden, künftig Workshops für Sensibilität und Vielfalt den Führungskräften anzubieten. Die Berliner Sparkasse habe für die Mitarbeitenden eine queere Tour durch den historischen Regenbogenkiez mit Hinweisen auf Magnus Hirschfeld organisiert. Er selbst habe zweimal an der Komische Oper am Ende einer Aufführung über das Wirken von Magnus Hirschfeld, das Thema Trans und die Gefahren der aktuellen politischen Entwicklung gesprochen. Im Anschluss habe die Komische Oper Spenden für Trans-Kinder-Netz – TRAKINE – e.V. gesammelt. Am 14. Mai 2024 habe Max Appenroth die Einführung zu „La Cage aux Folles“ übernommen. Dadurch seien Reise- und Übernachtungskosten in Höhe von 150 Euro entstanden.

Sebastian Walter (GRÜNE) stimmt zu, dass Sichtbarkeit für queere Menschen, queere Anliegen und queere Geschichte wichtig sei. Er sei dankbar, dass der Magnus-Hirschfeld-Tag

dazu beigetragen habe. Der Magnus-Hirschfeld-Tag sei seit vielen Jahren ein Anliegen der Koalition – insbesondere der SPDqueer – gewesen.

Er finde es schwierig, wenn Abgeordneten der Opposition vorgeworfen würden, bei Terminen nicht dabei gewesen zu sein und es diesbezüglich eine Erwartungshaltung gebe. Das bringe die Zusammenarbeit in ungutes Fahrwasser. Er selbst habe sich lange im Vorfeld aus privaten Gründen an diesem Tag entschuldigt.

Plane der Senat, den Tag im nächsten Jahr in einem ähnlichen Format und auch in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und Unternehmen durchzuführen? Sei damit zu rechnen, dass Mittel im gleichen Umfang zur Verfügung stünden? Es sei richtig, das Wirken Magnus Hirschfelds zu würdigen, plane der Senat darüber hinaus, im Sinne der Gleichberechtigung weitere Personen in den Fokus zu stellen?

Hinsichtlich der Kosten sei er hin- und hergerissen. Es sei richtig, Sichtbarkeit herzustellen und dafür Mittel bereitzustellen, der Umfang habe ihn jedoch „umgehauen“. Ein Projektträger habe ihm gesagt, dass er mit dieser Summe vier volle Stellen für Präventionsarbeit an Schulen oder in der Beratung, die aktuell fehlten, finanzieren könne. Trotz der Aufwüchse brenne es an vielen Stellen. Beispielsweise könnten die Schulaufklärungsprojekte keine Anfragen mehr annehmen, da in diesem Jahr kein Geld mehr zur Verfügung stehe. Es müsse darüber diskutiert werden, wie mit den unterschiedlichen Bedürfnissen umgegangen und welche Wirkung damit bei der Community erzielt werde.

Dr. Klaus Lederer (LINKE) merkt eingangs an, er finde es auch seltsam, dass er sich für seine Abwesenheit bei der Festveranstaltung rechtfertigen müsse. Seine Fraktion sei selbstverständlich anwesend gewesen. – Es sei erfreulich und auch nicht falsch, dass es positives Feedback gegeben habe. Bei ihm seien jedoch auch andere Meinungen angekommen, die als kritische Impulse aufgenommen werden sollten. – Was bedeute eigentlich die Bezeichnung „Gedenktag“? Stehe der Tag bereits oder in Zukunft verbindlich in einem Kalender oder in einem Feiertagsgesetz? Ansonsten könnten solche Verabredungen im Falle einer anderen Regierungskoalition schnell wieder eingestampft werden.

Wiebke Neumann (SPD) weist hinsichtlich des Kostenrahmens darauf hin, dass rund um den Gedenktag und den Monat neben der Festveranstaltung und den Kampagnen zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen stattgefunden hätten, die dem Land Berlin kein Geld gekostet, aber den Tag und den Monat groß gemacht hätten.

Die Aufgabe der Bildungsträger, die der Abgeordnete Walter angesprochen habe, sehe sie ähnlich, jedoch seien die Bildungsträger bekanntermaßen in einem anderen Einzelplan und bei einem anderen Ausschuss etatisiert. Wenn dieser Ausschuss darüber entscheiden würde, käme vermutlich etwas anderes heraus, aber es dürfe in Bezug auf den Magnus-Hirschfeld-Tag keine Frage von Entweder-oder sein.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) bekräftigt, dass er die kritischen Reflexionen und die Anregungen zur Weiterentwicklung des Gedenktages an seine Mitarbeitenden weitergegeben habe. Gleich nach dem Magnus-Hirschfeld-Tag habe er darum gebeten, eine Bilanz aufzustellen und erste Ideen für das nächste Jahr zu entwickeln. Diese Prozesse seien noch nicht abgeschlossen. Es müsse auch die Entwicklung der Haushaltslage abgewartet

werden, bevor Versprechungen gegeben werden könnten. Der Tag werde sich jedes Jahr neu beweisen müssen. Die heutige Debatte zeige, dass er sich in diesem Jahr bewiesen habe. Erst wenn der Tag auch in den folgenden zwei Jahren die Erwartungen erfüllen werde, könne von einer Verstetigung und Verankerung in der Stadtgesellschaft gesprochen werden.

Er bitte darum, die Bemerkung zur Abwesenheit der Abgeordneten als Hinweis, dass durch Selbsterleben ein eigenes Bild gewonnen werde, aufzufassen. Es habe weder ein Anwesenheitszwang noch eine Erwartungshaltung zum Ausdruck gebracht werden sollen, und den Abgeordneten Herrn Dr. Lederer und Herrn Walter könne sicherlich nicht vorgeworfen werden, zu selten bei queeren Veranstaltungen zu seien.

In den Magnus-Hirschfeld-Tag sei kein Projektgeld geflossen, sondern ausschließlich die Mittel, die dafür eingestellt worden seien. Er habe in seinem Eingangsstatement versucht darzustellen, wo SenASGIVA aktuell stehe und dass derzeit nicht über Streichungen von Projektmitteln nachgedacht werde. Der Magnus-Hirschfeld-Tag könne in eine Reihe von bisher gelungenen queerpolitischen Maßnahmen gestellt werden, und er lade den Ausschuss dazu ein, sich an der Weiterentwicklung des Gedenktags zu beteiligen.

Alfonso Pantisano (Ansprechperson Queeres Berlin) bemerkt eingangs, er sei froh darüber, dass der Staatssekretär das entstandene Missverständnis ausgeräumt habe. – Er habe in den letzten Jahren schon einige Kampagnen durchgeführt und halte die ausgegebene Summe für die Etablierung eines landesweiten Erinnerungstags für angemessen. Kampagnenarbeit sei teuer und werde zunehmend teurer, da digitale Mittel höhere Kosten als z. B. Plakate aus Papier erzeugten. Es habe sogar noch mehr Geld zur Verfügung gestanden, aber aufgrund wirtschaftlichem Haushaltens sei nicht das gesamte Geld ausgegeben worden.

Es sei richtig, dass viele Menschen neben Magnus Hirschfeld genannt werden müssten. Aus Kampagnensicht sei es jedoch schwierig, an einem Magnus-Hirschfeld-Tag andere Namen mit einzubringen. Das sei bei der Kampagne der Clubcommission mit Lili Elbe gelungen. Die Festveranstaltung – die im Übrigen keine „Gala“ gewesen sei – habe im Laufe des Abends ausreichend Raum geboten, Magnus Hirschfeld in den Kontext der damaligen Zeit zu stellen. Es seien viele Namen erwähnt worden, die neben Magnus Hirschfeld relevant gewesen seien, vor allem weiblich gelesene Namen, die häufig in der Diskussion untergingen. Er könne sich gut vorstellen, dass in den kommenden Jahren ein bis zwei Persönlichkeiten flankierend zu Magnus Hirschfeld erwähnt würden, aber es solle ein landesweiter Magnus-Hirschfeld-Tag bleiben.

Derzeit befänden sich die Abrechnungen kurz vor dem Abschluss, es sei jedoch das Ziel, noch in diesem Sommer auf den nächsten Magnus-Hirschfeld-Tag hinzuweisen. Im nächsten Jahr sei zudem der 90. Todestag von Magnus Hirschfeld. Die französische Botschaft habe sich dazu bereits angemeldet, und mit der polnischen Botschaft liefen Gespräche.

Vorsitzende Ülker Radziwill hält fest, dass der Tagesordnungspunkt abgeschlossen sei.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Runder Tisch zum Schutz gegen queerfeindliche
Hasskriminalität und Landesstrategie für queere
Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit – Aktueller
Stand**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0129](#)
IntGleich

Wiebke Neumann (SPD) legt dar, der Runde Tisch, der im März eingesetzt worden sei, sei ein weiteres Zeichen dafür, dass die Regierung dem Thema Schutz vor Queerfeindlichkeit eine hohe Priorität beimesse. Im letzten Monat sei der Internationale Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie bzw. -feindlichkeit begangen worden. Die Polizeistatistik, der MANEO-Report und die Registerstellen zeigten auch für das Jahr 2023 einen erschreckenden Anstieg und teilweise einen Höchststand an gemeldeten queerfeindlichen Vorfällen. Das könne nicht hingenommen werden, und deshalb sei es gut, mit dem Ziel der Entwicklung einer umfassenden Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit voranzugehen. Der Runde Tisch sei dabei ein wichtiger Baustein.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) konstatiert, er habe bereits in seinem Eingangsstatement zum vorherigen Tagesordnungspunkt angedeutet, dass der Runde Tisch und die Erarbeitung der Landesstrategie entsprechend der IGSV in einer Wechselbeziehung zu den anderen Maßnahmen des Senats stünden, um der Steigerung von Gewalt und Straftaten gegen LSBTIQ+-Personen entgegenzuwirken.

Üblicherweise igelten sich die Verwaltungen ein und äußerten nicht, wo Probleme und Herausforderungen existierten, Dinge angepasst werden müssten, stärker miteinander kooperiert oder mehr Geld in die Hand genommen werden müsse. SenASGIVA gehe dagegen diese schmerzhaften und zugleich erkenntnisreichen Prozesse regelmäßig an, schaue sich die Handlungsfelder und die Arbeit unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft und des Runden Tisches unter Leitung des Queerbeauftragten an und gehe dort auf den Grund, wo trotz Einigkeit, dass diese Art von Hasskriminalität abgelehnt werde, noch nicht die richtigen Mittel gefunden worden seien, sich dem entgegenzustellen. Der Runde Tisch habe seit seiner Einsetzung am 19. März bereits zu verschiedenen Handlungsfeldern getagt. Insgesamt nähmen an dem Runden Tisch 31 Personen aus 29 Organisationen teil, darunter auch Vertreterinnen und Vertreter von SenInnSport, SenJustV und SenBJF. Das sei ein gutes Zeichen, dass alle an einem Strang zögen. Der Prozess bedeute auch für die Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft eine hohe Arbeitsbelastung, und er bedanke sich für das hohe Engagement. Es liege in der gemeinsamen Verantwortung, sobald es in Richtung Landesstrategie gehen werde, dem gerecht zu werden.

Ferner richte SenASGIVA den Blick immer wieder auf die Wechselwirkungen und den intersektionalen Blick bei Queerfeindlichkeit und beziehe Rassismus, Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und andere Bereiche der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit mit ein, denn auch queere Menschen seien keine homogene Gruppe.

Es seien Arbeitsgruppen gebildet worden, die in den unterschiedlichen Werkstätten tagten. Themen seien u. a. Sicherheit und Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum, Prävention von Queerfeindlichkeit im Sozialraum, Solidarität und Kompetenz im Umgang mit von Queerfeindlichkeit betroffenen Personen, Sicherheit am Arbeitsplatz, im Versorgungssystem, im Sport und in digitalen Räumen, Flucht, Migration, Rassismus und Fragen von Religion, Kunst und Kultur. Bei den Themenfeldern spielten die Fragen, die die Gesellschaft aktuell beschäftigten, eine wesentliche Rolle.

Er danke den zahlreichen Mitarbeitenden von SenASGIVA, die sich mit Herzblut in diesem umfangreichen Arbeitsprozess einsetzten, damit die Themen stärker in den Fokus gerückt und die angesprochenen blinden Flecken und Verbesserungsmöglichkeiten in Angriff genommen werden könnten. Darüber hinaus danke er Alfonso Pantisano, der als Ansprechperson Queeres Berlin den Runden Tisch leite, und dem Referat, das die Landesstrategie in gemeinsamer Abstimmung verantworte.

Alfonso Pantisano (Ansprechperson Queeres Berlin) ergänzt, das Thema Sicherheit sei ein großes Anliegen der Community und betreffe queere Menschen immanent. Nach Verlassen des Hauses stünden queere Menschen unter Beobachtung, denn die Sichtbarkeit, die zu Recht gefordert werde, bürge gleichzeitig immer auch Gefahr. Es hätten bereits zwei Sitzungen des Runden Tisches stattgefunden, die sich mit der Arbeitsgestaltung und den Handlungsfeldern auseinandergesetzt hätten. Er habe im Vorfeld auch Gruppen angesprochen, die oftmals von den Verwaltungen, den Organisationen und auch von der Community selbst übersehen würden, so säßen auch migrantische Stimmen und die Initiative nonbinary.berlin mit am Runden Tisch und in den Beteiligungswerkstätten.

Auch die Beteiligungswerkstätten hätten ihre Arbeit aufgenommen. Aktuell habe die Community zusammen mit den Verwaltungen 15 Handlungsfelder ausgemacht. Es sei die Kritik geäußert worden, dass das zu viele sein könnten. Die Ergebnisse aus den Beteiligungswerkstätten kämen zurück an den Runden Tisch und würden dort weiter bearbeitet. Danach erfolge ein zweiter Prozess in den Beteiligungswerkstätten. Die Bausteine aus den Werkstätten würden danach zu einem Zwischenfazit zusammengeführt. Nicht der Runde Tisch schreibe die Landesstrategie, sondern die Beteiligungswerkstätten, die der Runde Tisch dann zusammenfüge. Im Anschluss werde eine Beteiligungskonferenz stattfinden, an der sich auch die Community beteiligen könne. Daraufhin werde ein erster Vorschlag erarbeitet. Am Runden Tisch werde dann eine finale Fassung abgestimmt, die dann in die Entscheidungsprozesse der Verwaltung gegeben werde. Es sei geplant, dass Ende 2025 dem Senat eine Vorlage zur Verfügung gestellt werde.

Es werde immer wieder darauf hingewiesen, dass es bereits Maßnahmen gebe, die in der IGSV auch ausformuliert seien. Das sei richtig und auch gut so. Diese würden bereits ausgeführt, oder die Ausführung befinde sich in der Vorbereitung. Das habe mit der Landesstrategie jedoch zunächst nichts zu tun. Diese Prozesse liefen parallel. Es werde bei allen Handlungsfeldern darauf geachtet, welche Aspekte bereits in der IGSV festgehalten seien und an welchen Stellen mehr benötigt werde. Dieser Prozess finde gemeinsam mit der Community statt. Es hätten sich bereits Hunderte Menschen aus Organisationen, der Verwaltung und der Zivilgesellschaft für die Beteiligungswerkstätten gemeldet. Die nächste Sitzung des Runden Tisches sei für den 4. Juli 2024 geplant. Thema werde die Sicherheit queerer Großveranstaltungen – Stichwort CSD – sein. Das Thema Sicherheit sei ihm auch ein persönliches Anlie-

gen. Auch er wünschte sich, mit seinem Partner Hand in Hand in der Stadt unterwegs sein zu können, ohne ständig an die Angst denken zu müssen.

Dr. Klaus Lederer (LINKE) bekräftigt, es sei unbestritten, dass queerfeindliche Gewalt und das Unsicherheitsgefühl von queeren Menschen in Berlin Thema sei. Er begrüße es daher, dass der Senat das Thema aufgreife. Seine Fraktion habe auch Einladungen zu den Arbeitsgruppen erhalten, aber er sehe seine Aufgabe nicht darin, in den Arbeitsgruppen mitzuwirken, da Parlament und Verwaltung seiner Ansicht nach getrennt bleiben sollten. Er hoffe, das werde ihm nicht vorgeworfen, wenn er den Runden Tisch kritisiere.

Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, wer was warum mache und wie sich die Abläufe zu diesem Zeitrahmen summierten. Im Zusammenhang mit der IGSV habe er es mehrfach erlebt, dass auf seine Anfragen geantwortet worden sei, dass diese erst in zwei Jahren berücksichtigt werden könnten, da der Haushalt zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der IGSV bereits vorgelegen habe. Habe er es richtig verstanden, dass es beim Runden Tisch 15 Arbeitsgruppen gebe, oder 15 Handlungsfelder und weniger Arbeitsgruppen? Warum sei der Zeithorizont nicht so gewählt worden, dass die Ergebnisse noch in den parlamentarischen Beratungen 2025 berücksichtigt werden könnten? Warum werde der Arbeitsprozess über eineinhalb Jahre gestreckt, zumal in manchen Bereichen kein Erkenntnisdefizit sondern ein Umsetzungsdefizit bestehe? Wie seien die Themenfelder zustande gekommen, die sich teilweise überschneiden?

Sebastian Walter (GRÜNE) bekräftigt, es stehe außer Frage, dass mehr für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit getan werden müsse. Einerseits sei es gut, sich von der IGSV abzugrenzen und sich mit dem zu beschäftigen, was bereits in der IGSV stehe, andererseits sei der Sicherheitsbegriff, der in den Handlungsfeldern sehr weit gefasst werde, bereits in der IGSV angelegt. Welches Grundverständnis werde bei der Entwicklung des Runden Tisches verfolgt? Wie werde eine Abgrenzung zur IGSV gewährleistet? Die IGSV werde hoffentlich in spätestens zwei Jahren weiterentwickelt werden, und er mache sich Sorgen, wenn sich die Community in weiteren großen Runden ehrenamtlich engagieren solle.

Zur Finanzierung sei alles gesagt worden. Er teile die Sorge bezüglich des zeitlichen Ablaufs nicht nur hinsichtlich der Finanzierung. Am Ende werde die Landesstrategie nicht von der Community, sondern vom Senat geschrieben. Nach seinen Erfahrungen werde die Vorlage, wenn sie erst Ende des Jahres dem Senat vorliegen werde, nicht vor der nächsten Wahl beschlossen, da sich der Senat erst mit allen Ressorts darüber einig werden müsse, was tatsächlich umgesetzt werde. Möglicherweise fehle dann die Finanzierung und eventuell sogar die Umsetzung vor dem Wahltag. Das fände er schade, da er erwarte, dass sich der Senat noch in dieser Wahlperiode hinter die Maßnahmen stellen werde.

Er stimme dem Abgeordneten Dr. Lederer zu, dass oftmals kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem bestehe. Es müsse darüber nachgedacht werden, was bereits getan werden könne. So bestehe Einigkeit darüber, dass Prävention der erste und wichtigste Schritt sei, um Queerfeindlichkeit zu verhindern. Die Bildungsprojekte sagten übereinstimmend, dass sie über keine Mittel mehr verfügten, um bis Ende des Jahres Angebote machen zu können. Der zweite Ansatz sei, Projekte wie MANEO, die mit kleineren Summen z. B. in die Außenbezirke gingen, zu unterstützen. Diese Projekte liefen teilweise in Kooperationen mit den Bezirksämtern, benötigten aber auch Senatsmittel. Es müsse stadtweit geprüft werden, welche Projekte und Beratungsstellen oder Beratungsstunden in Kooperation mit anderen Trägern vor Ort

ausgebaut bzw. eingerichtet werden könnten. Es sei ihm schleierhaft, warum, trotz der gemeinsamen Erkenntnis, dass etwas getan werden müsse und der Haushalt nach wie vor Aufwüchse vorweise, noch einmal eineinhalb Jahre lang abgewartet werde, statt pragmatisch vorzugehen und in den Bereichen, in denen es jetzt brenne, zu investieren, Projekte zu stärken und Stellen aufzustocken.

Wiebke Neumann (SPD) hält dem entgegen, dass während der Runde Tisch tage und die Landesstrategie entwickelt werde, die Projekte zur Gewaltprävention nicht eingestellt würden, sondern Unterstützung, Weiterentwicklung und Gespräche parallel weiterhin stattfänden.

Zum Thema Zeit: Es bestehe immer der Wunsch, dass alles schneller gehe, aber Beteiligung koste Zeit, und Wunsch nach möglichst breiter Beteiligung und der Zeitaspekt stünden in einem Spannungsverhältnis. Der Prozess sei jedoch zu einem frühen Zeitpunkt in der Regierungszeit gestartet worden.

Sie stimme mit dem Abgeordneten Dr. Lederer darin überein, dass sie es – auch wenn sie es begrüßte, über die Arbeitsgruppen informiert zu werden –, nicht als ihre Rolle als Abgeordnete ansehe, in den Gruppen aktiv mitzuarbeiten.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) bestätigt, dass der Zeitplan nicht beschleunigt worden sei, um so eine möglichst breite Beteiligung zu erreichen. Er habe bislang keine Rückmeldung erhalten, dass sich die Community durch das zusätzliche Beteiligungsformat überfordert fühle. Die Beteiligung sei weiterhin hoch. SenASGIVA habe transparent kommuniziert, dass der Prozess arbeitsintensiv und in erster Linie auf Verwaltungshandeln ausgerichtet sei. Am Ende solle ein Senatsbeschluss herauskommen, der die Mitarbeitenden der Senatsverwaltungen zu einem bestimmten Handeln verpflichte.

Im Gegensatz zu den Abgeordneten betrachteten die Verwaltungen den Vorgang nicht in Bezug auf Haushaltsjahre, sondern als langfristigen Prozess, in dessen Verlauf immer wieder Handlungsfelder, aktuelle Themen und Maßnahmen, zu denen sich die Verwaltungen dann zusammenschlossen, identifiziert würden. Diese Überlegungen flössen dann irgendwann in die Meinungsbildung und in Haushaltsbeschlüsse mit ein. Eine Synchronisierung von Haushaltsberatungen, IGSV, Landesstrategie und anderen Aktionsplänen überforderte die Verwaltung.

Zum Thema Schulprävention: SenASGIVA weise auf Defizite, sofern sie vorhanden seien, hin, sei für strukturelle Fragen und Querschnittsfragen verantwortlich und überprüfe Prioritäten – Stichwort IGSV –, die andere Häuser setzten, jedoch nicht auf „offener Bühne“. Auch wenn SenASGIVA dafür kein konkretes Instrument zur Verfügung stehe, gehöre es zu den Aufgaben, hinzugucken, nachzufragen und ggf. darauf hinzuwirken, dass nachgesteuert werde.

Alfonso Pantisano (Ansprechperson Queere Berlin) ergänzt, es gebe 15 Handlungsfelder, und zu jedem Handlungsfeld gehöre eine Beteiligungswerkstatt. – Um eine Überforderung der Community zu vermeiden, seien im Vorfeld viele persönliche Gespräche geführt worden. Darüber hinaus habe die LADS das, was bei den Beteiligungsformaten an zusätzlicher Arbeit anfalle – Protokollierung, Konzeption, Einladungsmanagement, wissenschaftliche Begleitung –, übernommen und an den Träger Camino übertragen. Die Community sei inso-

fern „nur“ eingeladen worden, ihr Wissen zu teilen. So sei versucht worden, so viel Druck wie möglich aus der Community herauszunehmen. Die Ressourcen hätten nicht ausgereicht, um „Extrageld“ zu zahlen.

Der Runde Tisch habe bereits erste Ideen entwickelt, die so schnell wie möglich umgesetzt würden. Am Runden Tisch säßen die Senatsverwaltungen, die am Ende die Maßnahmen auch umsetzen, sodass die Verwaltungen bereits über die Zwischenergebnisse vom Runden Tisch informiert seien. Dadurch könnten die Handlungsfelder und damit verbundenen Ansprüche und Erwartungshaltungen bereits im Vorfeld für den Haushalt berücksichtigt werden.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) fügt hinsichtlich der Präventionsprojekte ergänzend hinzu, dass viele Prozesse parallel stattfänden. Die Projekte würden selbstverständlich fortgeführt. Einige Projekte, die von der LADS finanziert würden, seien bereits genannt worden. Alfonso Pantisano halte bei vielen queeren Events und Veranstaltungen einen engen Draht u. a. zu den Veranstaltern und der Polizei, um die Sicherheit zu gewährleisten und auszubauen. Das reiche noch nicht aus, und SenASGIVA sei dabei, strukturelle Lösungen zu finden, auch in Gebieten, wo die Zahlen der Übergriffe erschreckend hoch seien. Diese Arbeit laufe parallel zur Entwicklung der Landesstrategie kontinuierlich weiter.

Vorsitzende Ülker Radziwill hält fest, dass der Tagesordnungspunkt abgeschlossen sei.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0142](#)
IntGleich
Registerstellen – Bericht
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0143](#)
IntGleich
Finanzierung der Registerstellen und der Präventionsarbeit
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

- Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0133](#)
IntGleich
Überlastung der LADG Ombudsstelle
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke	0089
Drucksache 19/1167	IntGleich
Gesetz zur Änderung des Neutralitätsgesetzes – Neutralitätsgesetz verfassungskonform anpassen und Diskriminierung von Hijab tragenden Frauen beenden	BildJugFam Haupt(f) Recht KultEnDe

Vorsitzende Ülker Radziwill hält fest, dass auf eine Begründung des Antrags Drucksache 19/1167 verzichtet werde.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, die Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1167 zu empfehlen. Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den Hauptausschuss.

Punkt 8 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0115
Drucksache 19/1164	IntGleich
Verfassungsgemäße Überarbeitung des sogenannten „Neutralitätsgesetzes“ (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)	BildJugFam Haupt(f) Recht KultEnDe

Vorsitzende Ülker Radziwill erklärt, dass die antragstellende Fraktion auf eine Begründung des Antrags Drucksache 19/1164 verzichte.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, die Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1164 zu empfehlen. Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den Hauptausschuss.

Punkt 9 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.